

Urnengang zur Stärkung der Demokratie?

Internationale Stimmen zu den Palästinensischen Legislativwahlen

Politischer Kurzbericht

von

Dr. Hardy Ostry, Gerrit F. Schlomach

Der Sieg der Hamas mit 57,6 Prozent über die Fatah, die bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat am 25. Januar mit 32,6 Prozent unterlag, führte bei den westlichen Geberländern zu heftigen Reaktionen. Doch lohnt es sich, die Kommentare und Stellungnahmen in der Region unter der Perspektive des anhaltenden Dilemmas zwischen den westlichen Interessen an Demokratie und Stabilität zu betrachten.

Die Gründe für das Wahlergebnis sehen arabische und internationale Kommentatoren in innen und –außenpolitischen Zusammenhängen¹: politische Lähmung einer alternden und zerstrittenen Fatah, Machtzerfall der Palästinensischen Autorität (PA) aufgrund Stillstand und Korruption sowie ausbleibende politische Erfolge (fortbestehende hohe Armut und Arbeitslosigkeit, allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage). Doch auch der internationalen Staatengemeinschaft wird eine Verantwortung für das Ergebnis zugeschrieben, da sie bereits vor den Wahlen die finanziellen Daumenschrauben anzogen und so die Ausgrenzung der Hamas vorantrieben und eine Wagenburgmentalität des palästinensischen Volkes förderten. Ferner wird Kritik an Israel² geübt, die der PA keine Möglichkeit geboten hätte ihrem Wahlvolk sichtbare Fortschritte zeigen zu können.

¹ Charbel, Ghassan (28.1.06): "Hamas" and the Burden of Victory. In: Al-Hayat.

Palästinensische Wahlen - Zeichen für ein demokratisches Erwachen?

Neben dieser Ursachensuche stellt sich die Frage, wie die internationale Staatengemeinschaft das Ergebnis kommentiert. Die Meinungsäußerungen in der arabischen Welt teilen sich in zwei Lager: Da ist zunächst das große Lager derer, die den demokratischen Fortschritt dieser Wahlen betonen und ein Festhalten am Friedensprozess einfordern. Eine Minderheit um den Iran und irakische Widerstandsgruppen begrüßt den Erfolg der Hamas ebenfalls und hält zugleich am bewaffneten Kampf gegen Israel fest.

Die erste Gruppe mahnt an, das Ergebnis des Wahlausgangs international anzuerkennen, da die erfolgreichen Wahlen in den palästinensischen Gebieten „nach den höchsten demokratischen Standards“³ ein Hinweis auf die Demokratiefähigkeit arabischer Staaten seien. „Hamas' victory over the long-established Fateh movement in the parliamentary elections was a victory for democracy in practice in the Arab world, even if it was not what the United States wants when it calls for political change [...]“⁴ In die gleiche Richtung geht die Aussage der Arab News aus Saudi-Arabien, die die Wahl als einen Meilenstein in der palästinensischen politischen Entwicklung feiert: „Israel can no longer claim that they are the only true democracy in the region.“⁵ Nach einem Treffen mit dem politischen Führer der Hamas, Kahled Mishaal, fordert der syrische Präsident Bashar Assad, dem Ergebnis der Wahl des palästinensischen Volkes Respekt⁶ zu zollen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa stösst ins gleiche Horn, wenn er meint, dass: „[t]he US can't promote democracy but then reject the results of this democracy.“⁷

Forderungen arabischer Führer an die Hamas

Ausgehend von dieser Feststellung fordern politische Führer im Nahen Osten die Hamas auf, am Friedensprozess festzuhalten. Der Bogen der Unterstützer⁸ spannt

² Aljazeera (26.1.06): Israel in shock over Hamas victory. <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/CCB77205-95ED-4CFA-B929-6EE0D230D8A8.htm> . Vgl. auch Fn. 3.

³ Othman, Maher Palestine (28.1.06): A Democratic Achievement...What Next? In: Al-Hayat.

⁴ Wright, Jonathan (27-28.1.06): Arabs see Israel, US changing stance on Hamas. In: Jordan Times.

⁵ Daily Star (28.1.06): Saudi Arabia's Arab News charged the ruling Fatah Party deserved to lose.

⁶ The Jordan Times (30.1.06): Egypt downplays Hamas win, urges EU not to cut aid.

⁷ BBC (27.1.06): In quotes: Reaction to Palestinian poll. http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4650196.stm

⁸ Daily Star (28.1.06): Arab, Asian leaders urge Hamas to renounce violence.

sich von den offenen Befürwortern einer friedlichen Lösung im Nahost-Konflikt, dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und dem jordanischen König Abdallah II bis zum jemenitischen Präsidenten Ali Abdullah Saleh, der bislang nicht als besonders pro-israelisch bzw. auf einen friedlichen Ausgleich zielend aufgefallen ist. Die in Abu Dhabi ansässige Al-Ittihad erwartet von der Hamas, sich klar von den radikalen Gruppen abzugrenzen und den Friedensprozess fortzusetzen, “which appears to have become an Arabic strategic choice and the sole aim agreed upon by influential world powers.”⁹ Nicht nur die westlichen Geberländer drohen mit der Einschränkung der Finanzhilfen bei einem Verlassen des friedlichen Weges, sondern auch in den Öl produzierenden arabischen Ländern wird eine unkonditionierte Hilfe zunehmend in Frage gestellt⁵. Dahingegen versucht der ägyptische Außenminister Amed Aboul Gheit, die Wogen zwischen den Geberländern und der Hamas zu glätten: „I don’t think that the picture is as dim as some had indicated.“⁵

Einzig eine Minderheit um die iranische Staatsführung und irakische schiitische Widerstandsgruppen gratuliert der Hamas zu ihrem Wahlerfolg bedingungslos und gibt sich zufrieden mit dem Urteil der Wähler „for choosing, to continue the struggle and resistance against occupation“¹⁰. Der iranische Sprecher des Außenministeriums Hamid Rza Asefi wird mit den Worten zitiert, dass „[e]ach member of this front [against the enemies of Islam] defends itself with its own means in its region. We carry the battle in Palestine. If Israel launches an attack against Iran, we will expand the battlefield in Palestine“⁶.

Die israelische Position gegenüber dem Wahlsieg der Hamas ist geprägt von der offiziellen Absage einer formellen Zusammenarbeit, wobei politische Analysten von der Möglichkeit einer pragmatischen Koexistenz ausgehen. Der amtierende israelische Ministerpräsident Ehud Olmert verweigert sich jeglicher Verhandlung mit einer palästinensischen Verwaltung, so lange ein Teil von ihnen eine bewaffnete Terroristenorganisation sei, die die Zerstörung des Staates Israel fordere⁵. Diese Meinung wird von weiten Teilen der israelischen Parteienlandschaft geteilt. Doch

⁹ Daily Star (28.1.06): Arab press hails ‘election coup’ but wary of a future under Hamas.

¹⁰ Aljazeera (26.1.06): Iran hails Hamas victory. <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/36311D32-6DEB-419E-8EA7-34DEE19C150A.htm>

wird ein langfristiger pragmatischer Umgang nach einer Phase der Domestizierung⁴ in politischer Verantwortung nicht ausgeschlossen.

USA und Europa ziehen die Daumenschrauben enger

Entsprechend der skeptischen Haltung gegenüber der Hamas, die sich bereits vor den Wahlen zeigte, setzt sich die US-amerikanische und europäische Position von Zurückhaltung bis Verweigerung der Zusammenarbeit fort. US-Präsident Bush wird mit den Worten zitiert⁵, dass die USA keine politische Partei unterstützen werde, die ihren Verbündeten Israel vernichten wolle. Demnach müsste sich die Hamas von diesem gewaltbereiten Teil der Bewegung befreien und das Existenzrecht Israels anerkennen.

In weiten Teilen der europäischen Staatsführungen wird diese Position geteilt, auch die Einstellung der Hilfszahlungen an die PA wird nicht ausgeschlossen. Obwohl eine offizielle Erklärung der EU noch aussteht, fasst sich die Position der Europäer an eine zukünftige Zusammenarbeit mit der Hamas in zwei Bedingungen zusammen: Erstens Absage an Gewalt und Festhalten am Friedensprozess und zweitens Anerkennung des Staates Israels und internationaler Abkommen.

Dilemma zwischen Demokratie und Stabilität aktiv angehen

Es fallen zwei Aspekte auf, wenn die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat vom 25. Januar 2006 im größeren Kontext der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten betrachtet werden:

Zunächst einmal spiegelt sich das Dilemma¹¹ zwischen den scheinbar widerstreitenden westlichen Interessen an Demokratie und Stabilität in den Reaktionen auf das Wahlergebnis wider. Wie die Kommentare aus den arabischen Ländern zeigen, sollte sich der Westen nun mit dem Ergebnis zufrieden geben, da es „nach den höchsten demokratischen Standards“ zustande kam. Doch dabei wird vergessen, dass Wahlen als demokratische Verfahren nur Mindestbedingungen darstellen, die in den breiteren Kontext von Responsivität der Regierung basierend auf der Einhaltung von zentralen Grund- und Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit zu

¹¹ Ruf, Werner (1998): Demokratie in der arabischen Welt. Ein Widerspruch in sich selbst? In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit (Nr. 9, September 1997, S. 228-231. Vgl. auch: Menendez

stellen sind. Die USA, Europa und ihre Partner müssen sich in Zukunft der kurzsichtigen Sichtweise in der Region widersetzen, dass ein fairer Urnengang bereits eine funktionsfähige Demokratie ausmacht, und zugleich für ein umfassenderes Verständnis werben.

Zweitens geben einige Kommentare zur Wahl die derzeitige wissenschaftliche Diskussion wieder, die den Erhalt der derzeitigen autoritären Systeme in der Region zur Garantie von Stabilität kritisiert und ein Zugehen auf islamische Organisationen unter bestimmten Bedingungen nicht ausschließt¹². Den ablehnenden Haltungen gegenüber der Hamas in den westlichen Hauptstädten setzt Musa Keilani eine optimistische These entgegen: “Let the Islamist govern and they will fall flat on their faces because of the circumstances and conditions of the country and its society are such“¹³. Diese positive Einschätzung teilt der ehemalige US-amerikanische Präsident Jimmy Carter und Leiter einer Wahlbeobachtermission, wenn er einen Wandel der Hamas nicht ausschließt: „It’s a mistake to abandon optimism completely.“¹⁴

Das Dilemma zwischen Demokratie und Stabilität kann aufgelöst werden, wenn die USA, Europa und ihre Partner die Forderung nach Demokratisierung gegenüber den Regierungen und politischen Kräften in der Region an notwendige Wertüberzeugungen binden.

- “[...] that human beings are innately capable of shaping the world in a responsible way,
- [...] promoting the dignity and individual liberty of all people,
- [...] promote political and social reforms to attain or consolidate representative democracy and social justice”¹⁵.

Gonzalez, Irene (2005): Arab Reform: what role for the EU? Royal Institute for International Relations. Egmont Paper 8, S. 8-9.

¹² Cameron, Fraser/ Eberhard Rhein (2005): Promoting Political and Economic Reform in the Mediterranean and Middle East. EPC Issue Paper No. 33 (18. May 2005).

¹³ Keilani, Musa (29.1.06): Hamas win — questions asked, answers pending. In: Jordan Times, <http://www.jordantimes.com/sun/opinion/opinion2.htm>

¹⁴ Aljazeera (26.1.06): West reacts warily to Hamas victory. <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/216D6B58-201D-4D2D-A6C9-75716F162FA6.htm>

¹⁵ Hofmeister, Wilhelm (1995): The Promotion of Political Parties: an Essential Task of the Konrad Adenauer Foundation. In: Thesing, Josef/ Wilhelm Hofmeister (Hrsg.): Political Parties in Democracy. Sankt Augustin, S. 466-476, hier: S. 475.

Im Interesse der zivilgesellschaftlichen und reformbereiten Kräfte in der Region müssen diese Diskussionen allerdings nicht allein auf Regierungsebene, sondern unter Einschluß aller maßgeblichen Kräfte geführt werden.